



## global news 3529 24-10-16: Immer mehr brutale Globalisierung: Demnächst (fast) freier Marktzugang für China-Dumping?



Im Schatten von CETA versucht sich jetzt die EU mit dem weiteren Aufreißen der Märkte für chinesische Dumping-Produkte. Leichtsinnig hat die EU China bei dessen WTO-Beitritt 2001 in Aussicht gestellt, das Land bis Ende 2016 als "Marktwirtschaftsland" anzuerkennen. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes wären enorm.

Bisher konnten für die Feststellung von Dumping chinesische Preise mit den Kosten in anderen Entwicklungsländern, meist Indien, verglichen werden, ohne daß - wie bei Marktwirtschaftsländern - die Produktionskosten im Exportland selbst ermittelt werden müssen. Doch wenn diese Regelung nun Ende 2016 auslief, würde es noch schwieriger

und eigentlich unmöglich, dem chinesischen Dumping zu begegnen, schon weil die Ermittlung der Produktionskosten und damit der Dumpingmarge in einem Land unter der Kontrolle der KPC fast unmöglich ist.

Gegner eines automatischen Zugeständnisses des Status "Marktwirtschaft" an China argumentieren zurecht, vor 15 Jahren sei unterstellt worden, daß das Land 2016 tatsächlich eine Marktwirtschaft sein würde und zwar ohne das Fortbestehen eines Unmaßes an Subventionen, eines Verbots unabhängiger Gewerkschaften und eines total vom Staat kontrollierten Bankensektors sowie von Machtpositionen der KPC in fast jedem Betrieb. Daher werden sich die USA einer offiziellen Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus enthalten. China muß dann selbst vor der WTO gegen fortbestehende amerikanische Schutzmaßnahmen klagen und dabei beweisen, daß es tatsächlich eine Marktwirtschaft hat - was ihm nicht leicht fallen wird.

**Doch unter dem Druck der Multis, die immer nur vom riesigen chinesischen Markt träumen, will die EU-Kommission jetzt dem chinesischen Druck nachgeben.** Sie will zur Beruhigung gleichzeitig die allgemeinen, nicht china-spezifischen Anti-Dumpingregeln verschärfen, was allerdings bei immer neuen chinesischen Dumpingangriffen wenig helfen wird. Dazu Ratspräsident Tusk in seinem wortreichen, und doch nichtsagenden Einladungsschreiben zum EU-Rat vom 21. Oktober, in dem den besorgten Bürgern vorgegaukelt wird, auf ihre Sorgen hören zu wollen:

"Der Handel ist ein starker Motor für Beschäftigung, Wachstum und einen besseren Lebensstandard. Und doch werden die mit dem Handel verbundenen Vorteile in Frage gestellt. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam eine Handelspolitik realisieren können, die den Anliegen der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird. Letztendlich hängt dies aber von unserer Fähigkeit ab, uns und unsere Bürgerinnen und Bürger angemessen vor dem Aufkommen unlauterer Praktiken zu schützen. Denn der Handel kann nur frei sein, wenn er auch fair ist. Der Europäische Rat wird daher die

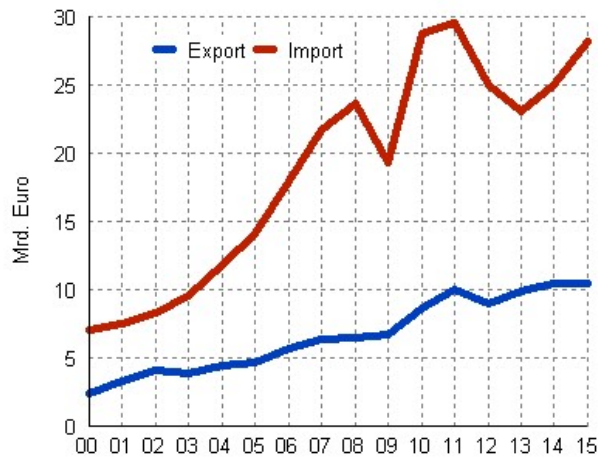
Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente und unsere laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit wichtigen Partnern erörtern."

Vor allem Bundeskanzlerin Merkel, die schon neunmal nach China gereist ist, und die britische Regierung gehören zu den Befürwortern der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaftsland. In Deutschland macht natürlich der Bundesverband der Industrie die übliche neoliberale Musik. Die Befürworter klingeln zudem mit gewaltigen Investitionen Chinas in Europa als erhoffte Gegenleistung.

Während einerseits das noch zur EU gehörige Großbritannien aus inniger China-Liebe die von der EU-Kommission betriebene Reform der Handelsschutzinstrumente blockiert, plädieren andererseits Italiens Premierminister Matteo Renzi sowie seine Kollegen in Spanien, Portugal und einigen osteuropäischen Ländern für eine harte Linie gegenüber den Chinesen und lehnen den Marktwirtschaftsstatus ab. Sie sind verärgert über die fernöstlichen Dumpingangebote beispielsweise bei Solarpaneelen, Stahlprodukten oder Keramik, die die Existenz ganzer Industriebranchen in Europa bedrohen.

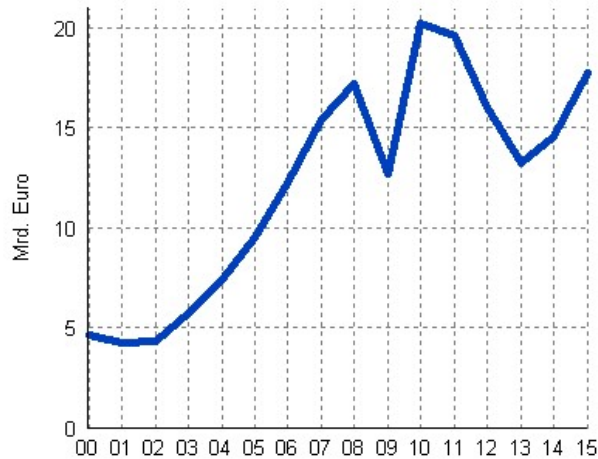
In der Tat hat China vor allem traditionelle Produkte der kriselnden Südländer der EU von den europäischen Märkten und Weltmärkten verdrängt und damit die Krise der Eurozone verschärft. Das zeigt sich beispielsweise an der Außenhandelsbilanz Italiens mit China, in der sich in den vergangenen 10 Jahren ein kumuliertes Defizit von fast 160 Mrd. Euro aufgebaut hat (Abb. 19420, 19421); in 2015 entsprach das Defizit immerhin mehr als 1 % der stagnierenden italienischen Wirtschaftsleistung. Dazu kommen in noch größerem Umfang die an China verlorenen Auslandsmärkte. So hatte Italien früher in großem Umfang Elektromotoren, Beleuchtungseinrichtungen, Kleinmaschinen, Textilien und Lederwaren nach Deutschland exportiert, bevor China als Hauptkonkurrent mit seinen gedumpte Billigprodukten antrat.

### 19420: Italienischer Außenhandel mit China



Quelle: Eurostat. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

### 19421: Italienisches Defizit im Außenhandel mit China



Quelle: Eurostat. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Wenn es Deutschland in seinem Egoismus und seiner Exportversessenheit an notwendiger handelspolitischer Solidarität mit Italien und anderen Südländern derart fehlen läßt, kann man sich wirklich fragen, wo dieses Europa eigentlich hinwill.

In der Pressekonferenz am Ende der Ratssitzung vom 21. Oktober betonte

Kommissionspräsident Juncker, daß die Kommission China den Status einer Marktwirtschaft zuerkennen wolle. Allerdings zeigen die Schlußfolgerungen des Rates, daß es bei den von der Kommission als Bedingung vorgeschlagenen Schutzinstrumenten noch zu keiner Einigung gekommen ist. Die Handelsminister mußten daher beauftragt werden, eine Einigung zu finden. In den Schlußfolgerungen heißt es:

"Ist der Europäische Rat der Auffassung, daß effizient und energisch gegen unlautere Handelspraktiken vorgegangen werden muß. Um europäische Arbeitsplätze zu erhalten, einen fairen Wettbewerb auf offenen Märkten zu gewährleisten und den freien Handel zu wahren, kommt es entscheidend auf die Wirksamkeit der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU angesichts globaler Herausforderungen an. Dafür bedarf es dringend einer ausgewogenen Einigung über den Standpunkt des Rates zur umfassenden Modernisierung aller handelspolitischen Schutzinstrumente bis Ende 2016. Für Situationen, in denen keine marktwirtschaftlichen Bedingungen herrschen, sollte es angemessene Bestimmungen geben."

In aller Schizophrenie heißt das: Der Rat glaubt nicht, daß marktwirtschaftliche Bedingungen herrschen, und trotzdem treten die meisten Mitgliedsländer (auch Deutschland) und die EU-Kommission dafür ein, China den Status einer Marktwirtschaft zu verleihen. Trickreicher und auch verlogener geht es wirklich nicht.

\* \* \* \* \*

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).